

Zeitschrift: Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels
Band: 48 (1939)
Heft: 42

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHWEIZER HOTEL-REVUE

Nº 42

BASEL, 19. Okt. 1939

FACHORGAN FÜR DIE HOTELLERIE UND DEN FREMDENVERKEHR

Nº 42

BALE, 19 oct. 1939

INSERATE: Die einseitige Nonpareillezeile oder deren Raum 45 Cts. Réclames für 1.50 per Zeile. Bei Wiederholung entsprechender Rabat.

ABONNEMENT: SCHWEIZ: jährlich Fr. 12.—, halbj. Fr. 7.—, vierteljährlich Fr. 4.—, monatlich Fr. 1.50. AUSLAND: bei direktem Bezug jährlich Fr. 15.—, halbjährlich Fr. 8.50, vierteljährlich Fr. 5.—, monatlich Fr. 1.80. Postabonnent: Preis bei den ausländischen Postämtern. Für Adressänderungen ist eine Taxe von 30 Cts. zu entrichten.

Eigentum des Schweizer Hotelier-Vereins



Propriété de la Société Suisse des Hôteliers

ANNONCES: La ligne de 6 points ou son espace 45 cts. réclames pour 1.50 par ligne. Rabais proportionnel pour annonces répétées.

ABONNEMENTS: SUISSE: douze mois fr. 12.—, six mois fr. 7.—, trois mois fr. 4.—, un mois fr. 1.50. Pour l'ÉTRANGER abonnement direct: 1 an, 15 fr.; 6 mois, 8 fr. 50; 3 mois, 5 fr.; 1 mois, 1 fr. 80. Abonnement à la poste: demander le prix aux offices de poste étrangers. Pour les changements d'adresse il est perçu une taxe de 30 centimes.

Erscheint jeden Donnerstag

Achtundvierzigster Jahrgang
Quarante-huitième année

Paraît tous les jeudis

Postcheck- & Giro-Konto No. V 85 Redaktion u. Expedition: Gartenstrasse No. 112, Basel TELEPHON No. 27934 Rédaction et Administration: Gartenstrasse No. 112, Bâle Compte de chèques postaux No. V85

Unhaltbare Einreisepraxis

Der Dossier in unserem Zentralbureau, der die Unterlagen aus Mitgliedskreisen über die von eidg. Fremdenpolizei gemachten Einreise-schwierigkeiten enthält, schwillt in geradezu beängstigender Weise an. Die Fälle häufen sich, deren Erledigung durch die massgebenden Behörden nicht nur zu bedenklichem Kopfschütteln, sondern zu lauten Protest herausfordert. Gewiss, die eidg. Fremdenpolizei hat in den jetzigen undurchsichtigen Zeiten ein doppelt verantwortungsvolles und heikles Amt. Der letzte vaterländisch eingestellte Hotelier wird es trotz aller Misere, die ihm aus der gähnenden Leere der Häuser entgegenstarrt, begreifen und befrüchten, dass unerwünschte Elemente dem Lande unter allen Umständen ferngehalten werden müssen, auch wenn sie vorübergehend als Hotelgäste in Frage kämen und damit zur Linderung der Schwierigkeiten im Gastgewerbe beitragen könnten. Allein, was zu viel ist, ist zu viel. Dieser Mangel an Verständnis für die praktischen Bedürfnisse und das fehlende Anpassungs- und Einfühlungsvermögen in die gegenwärtigen Erfordernisse der Wirtschaft und des Fremdenverkehrs, welche in amtlichen Kreisen festzustellen sind, können im wohlverstandenen Interesse des ganzen Landes nicht stillschweigend hingenommen werden.

Die Fremdenverkehrskreise sind nicht etwa die einzigen, welche die Unhaltbarkeit der jetzigen Einreisepolitik kritisieren. So schreibt der Mailänder Korrespondent der N. Z. Z. seinem Blatte in bezug auf die Erteilung der Passiva durch die schweizerischen Behörden, dass auf italienischer Seite immer mehr Klagen und Beschwerden laut werden, denen rasch und gründlich begegnet werden müsse. Bei den ihm bekannt gewordenen Fällen handle es sich durchwegs um wohlbegründete Einreisegesuche, die schon seit Wochen in Bern liegen. Er fährt fort:

„Zwei junge Italiener, die seit mehreren Jahren in der Schweiz studieren, warten zum Beispiel seit einem Monat vergeblich auf das Visum. Der eine will wieder nach der Schweiz fahren, um die Reifeprüfung abzulegen, der andere, um seine Hochschulstudien fortzusetzen. Da die Schweizer Konsulate, wie bemerkt, nicht ermächtigt sind, Visa zu erteilen, ist ihre enorme Arbeit zum Teil ein Leerlauf. Mit Hinweisen auf die Anhörung der Gesuche in Bern und der Versicherung, dass diese in der Reihenfolge des Eingangs erledigt werden, ist den Gesuchstellern, die dringend nach der Schweiz reisen müssen, selten gedient. Jene, die ihren Reiseweg einwandfrei nachweisen können, haben unseres Erachtens einen moralischen Anspruch auf das Visum, ganz abgesehen davon, dass in sehr vielen Fällen durch ungebührliche Verzögerung schweizerische Interessen beeinträchtigt werden. Wenn man in Bern aus besonderen Gründen nicht allen Konsulaten unbeschränkte Befugnisse über die Ausstellung der Passiva an italienische Staatsbürger erteilen will, möge man wenigstens die Berufskonsulate dazu ermächtigen. Diesen könnte ebenfalls zur raschen Erledigung der Gesuche ein besonderer Kontrollbeamter zugeteilt werden.“

Eine Reihe von Hotels hat trotz der Ungunst der Zeit und den nichts weniger als hoffnungsvollen Aussichten davon abgesehen, den Betrieb allzustark einzuschränken oder gar vorübergehend einzustellen, sondern hält nun unter beträchtlichen eigenen Opfern einige Hundert Angestellte durch. Betriebe, die über einen Stamm anhänglicher Gäste verfügen und sich eines hervorragenden Rufes unter dem internationalen Reisepublikum erfreuen, dürften doch damit rechnen, dass sich wenigstens ein Teil der angesehenen und über jeden Zweifel erhabenen Kundschaft in den Wintermonaten für einen längeren Aufenthalt wieder finden werde. Unsere weltbekanntesten Privatschulen und Institute, sowie eine Anzahl bestausgewiesener Kinderheime vermöchten gleichfalls ihren Betrieb wenigstens teilweise aufrecht zu erhalten, da manche zahlungskräftige Eltern im Auslande den Wunsch haben, ihre Kinder aus einer möglichen Gefahr- und Krisenzone herauszunehmen und sie in gute und gesicherte schweizerische Obhut zu geben. Allein der Bürokratismus hat seinen Gaul gesattelt und die Paragrafenreiterei beherrscht das Feld. Den Konsulaten sind die Hände gebunden und Einreisegesuche dürfen nur in den dringendsten Fällen nach Bern weitergeleitet werden, wo sie sich anhäufen, wochenlang liegen bleiben und in der Reihenfolge ihres Einganges erledigt werden. Der Fremde, welcher im Vernein auf die ihm in früheren Jahren in der Schweiz gewährte Aufnahme, im Vertrauen auf die so viel gepriesene schweizerische Gastfreundschaft und das einstmals grosszügig gewährte Asylrecht ein Gesuch um vorübergehenden bezahlten Aufenthalt einreicht, wird wochenlang hingehalten, zum Schluss dann noch abschlägig beschieden.

Die Schweiz riskiert tausende von Personen, Studierende des wie pflegewürdigen Landes aus dem Ausland endgültig zu verlieren, ihrer eigenen Fremdenverkehrswirtschaft unersetzlichen Schaden zuzufügen und ihren jahrhundert-

alten Ruf als Gastland einzubüssen. Schon lassen sich die ersten kritischen Stimmen in führenden ausländischen Tageszeitungen vernehmen. Wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird, so geht das mitbewusst in den von der Aufbauarbeit und unter erheblichen Kosten für Auslandswerbung Erzielte rasch in die Brüche. Erschwerend wirkt noch der Umstand, dass andere Länder, ja sogar kriegführende Staaten wie Deutschland, Fremde, die nur ferien- oder erholungshalber einreisen, viel kulanter behandeln und die Einreiseformalitäten in wenigen Tagen erledigen, während ausgerechnet das Reiseland par excellence eine Mauern von Vorschriften und Passwierigkeiten aufrichtet, um auch die harmlosesten und bestausgewiesenen Ausländer fernzuhalten.

Wenn Erziehungsinstituten bedeutet wird, dass neue Schüler aus dem Auslande unerwünscht seien, wenn selbst Kinderheime Minderjährige als Pensionäre und Schutzbefohlene nicht aufnehmen können, weil die Betreffenden kein Visum erhalten, so hat das mit den Massnahmen zur Fernhaltung unerwünschter Elemente und Espione nichts mehr zu tun. Wenn Angehörige neutraler Staaten oder hochangesehene Persönlichkeiten aus England, Frankreich und anderswo her, die vor dem September 1939 schon in der Schweiz weilten oder regelmässig unser Land aufsuchten, heute unsere Hotels für einen längeren Aufenthalt nicht mehr beziehen können, so schiebt die mit der Ausländerkontrolle betraute Instanz weit über das Ziel hinaus. Wir können eine Reihe von Fällen belegen, um darzutun, wie unhaltbar die jetzige behördliche Behandlung von Einreisegesuchen geworden ist. Eine strenge Sichtung ist durchaus am Platze, doch können alle Penzenzen nicht einfach über einen Leisten geschlagen werden. Raschere Erledigung der Gesuche, grösseres Verständnis für besonders gelagerte Fälle, Rücknahme auf den Fremdenverkehr und Delegation vermehrter Kompetenzen an die Konsulate — welche die Gesuche an Ort und Stelle viel besser zu beurteilen vermögen, als Funktionäre in Bern — sind dringendste Gebote der Stunde.

Für eine Vereinfachung und Beschleunigung der Visumserteilung

Begreiflicherweise sah sich neben unserem Verein auch der schweizerische Fremdenverkehrsverband veranlasst, die durch den Bundesratsbeschluss vom 5. September dekretierte Neuerung für die Einreisepolitik und die Aufenthalt von Ausländern eingehend unter die Lupe zu nehmen. Wie nicht anders zu erwarten war, kommt auch der Fremdenverkehrsverband zu der von uns vertretenen Überzeugung, dass eine baldige Vereinfachung der Visumserteilung und eine beschleunigte Erledigung der hängigen Gesuche zu einer vordringlichen Angelegenheit geworden ist. Er gelangte deshalb mit einer ersten Eingabe an den Bundesrat, um ihm wiederholt darzutun, dass die beste Unterstützung der Touristik und der Hotellerie darin liege, die noch vorhandenen Möglichkeiten für einen vermehrten Umsatz und eine Verkehrsbelebung auszunützen, d. h. den sich ergebenden Auslandsverkehr bis zum Letzten auszuschnüpfen und in einer den Kriegzeiten angepassten Form so weit als irgendwie angängig zu fördern und zu schützen.

Als wichtigste Massnahme wird vorab eine Dezentralisation der Visumserteilung gefordert. Bekanntlich ist die Kompetenz unserer Gesandtschaften und Konsulate in übertriebener Weise beschritten und der eidg. Fremdenpolizei sowie den kantonalen Instanzen übertragen worden, die nun vom grünen Tisch aus und trotz ihrer derzeitigen Überbeanspruchung den Segen zu jedem einzelnen Gesuch geben müssen, obwohl ihnen meistens die näheren Umstände zur treffsicheren Beurteilung der Unterlagen gar nicht genügend bekannt sind. Anstatt sich gerade die Vertrautheit unserer diplomatischen Ausposten mit den örtlichen und persönlichen Verhältnissen der Ausländer zunutze zu machen, schaltet man diese aus und zäumt den Amtsschimmel vom Schwanz her auf! Die Eingabe regt daher eine Arbeitsteilung an, wonach die Einreisegesuche in einfachen Fällen, also bei gut ausgewiesenen und den Konsulaten persönlich bekannten Personen, bei Jugendlichen und kranken oder alten Leuten von den Gesandtschaften bzw. den Konsulaten zu erteilen wären, während alle übrigen Fälle den eidg. Amtsstellen zum Entscheid verbleiben. Auf diese Weise würde auch das ganze Geschwessen, das in Bern und den Kantonshauptstädten wegen der Anhäufung der Begehren beinahe ins Stocken geraten ist, wieder in Fluss kommen, und wir könnten jenen Ausländern entsprechen, die unserem Lande auch in schwerer Zeit die Treue als Gäste wahren wollen. Sie jetzt enttäuschen, hiesse sie nicht nur der Schweiz entfremden, sondern sie jenen Ländern in die Arme treiben, die die Fremden nach wie vor mit grosser Zuversicht und mit teilweise sogar ohne Visum (z. B. Italien) empfangen.

Ferner wird die Schaffung eines Touristenvisums in Vorschlag gebracht, wie es in andern

Ländern, so z. B. in Jugoslawien, mit gutem Erfolg besteht. Dieses kurzbefristete Touristenvisum würde den Kur- und Ferienverkehr nach der Schweiz beleben und wäre jenen Ausländern zu bewilligen, die durch Vorlage schweizerischer Hotelgutscheine, Ärztezeugnisse und weiterer Dokumente sich genügend darüber ausweisen können, dass sie tatsächlich zu einem Kur-, Sport- oder Ferienaufenthalt in unser Land einreisen wollen. Deswegen würde die politische Kontrolle am Aufenthaltsort nicht in Wegfall kommen. Der Vorteil des Touristenvisums liegt einzig in der erleichterten Beschaffungsmöglichkeit sowie in der vereinfachten, wenn möglich kostenlosen Erteilung. Bei dessen Einführung wären dann auch unsere wichtigsten Auslandsagenturen wieder in der Lage, ihre Aufgabe zu erfüllen. Heute sind diese Agenturen nur geöffnet, um all den dort vorsprechenden Interessenten sagen zu können, dass eine Einreise in die Schweiz ausserordentlich erschwert, ja für den harmlosen Touristen praktisch unmöglich sei! Und das nennt sich in Bern „Förderung des schweizerischen Fremdenverkehrs“!

Auflockerung der Einreisebestimmungen beschlossen!

Unmittelbar vor Drucklegung der heutigen Nummer erfahren wir aus Bern, dass der Bundesrat in seiner Sitzung vom 17. Oktober einen neuen Beschluss gefasst hat über die Änderung der fremdenpolizeilichen Regelung. Dieser Beschluss schafft erfreulicherweise die Grundlage für die im vorstehenden Artikel postulierte Erleichterung im Einreiseverkehr und die so dringend notwendige Kompetenzerweiterung für die schweizerischen Gesandtschaften und Konsulate im Ausland. Wie uns von zuständiger Stelle in letzter Stunde vor Erscheinen des Blattes mitgeteilt wird, sieht Artikel 1 dieses neuen Beschlusses vor, dass im Visum für Einreisen in die Schweiz die Höchstdauer des Aufenthaltes festgesetzt werden kann. Diese Bestimmung ermöglicht es nunmehr, den Konsulaten gewisse Kompetenzen zur selbständigen Erteilung des Visums zu übertragen. Das eidg. Justiz- und Polizeidepartement hat sofort nach Beschlussfassung durch den Bundesrat diese Kompetenzerweiterung an unsere Gesandtschaften in den für unseren Fremdenverkehr wichtigsten Ländern telegraphisch verfügt. Die Konsulate können fürderhin einwandfrei Ausländern auch für Erholungsaufenthalte in der Schweiz ein Visum erteilen, sofern der beabsichtigte Aufenthalt die Dauer von einem Monat nicht überschreiten soll. Ist ein längerer Aufenthalt in unserem Land beabsichtigt, so werden die Gesuche von der eidg. Fremdenpolizei in Bern entschieden, welche dieselben so rasch wie möglich behandelt.

Das eidg. Justiz- und Polizeidepartement wird den schweizerischen Gesandtschaften und Konsulaten raschmöglichst eingehende schriftliche Weisungen erteilen.

Der Hotel-Plan vor Appellationsgericht Basel-Stadt abgewiesen

Am 13. Oktober fanden vor dem Basler Appellationsgericht die Verhandlungen im Zivilprozess des Hotel-Plans gegen den Schweizer Hotelier-Verein und dessen Direktor wegen der Inseratenkampagne im Frühjahr 1937 statt. Hotelier-Verein und Direktion waren durch Herrn Dr. Hans Duttweiler, Zürich, vertreten, der bekanntlich in gleicher Sache die Ehebeleidigungsprozesse des Hotel-Plans vor dem Zürcher Strafgericht und dem Zürcher Obergericht mit vollem Erfolg durchgeführt hatte.

Das Urteil des Appellationsgerichtes Basel-Stadt vom 13. Oktober lautet: Vollständige Abweisung der Klage des Hotel-Planes, Teilung der Gerichtskosten zwischen den Parteien und Wertschlagung der aussergerichtlichen Parteikosten. — Es ist anzunehmen, dass sich der Hotel-Plan mit diesem Urteil nicht abfinden, sondern Berufung an das Bundesgericht einlegen wird. Dem Entscheid des Bundesgerichtes sehen wir mit grosser Ruhe entgegen. Bedauerlich ist nur, dass G. Duttweiler so weit gehen lässt. Mehrmals hatten wir dem Leiter des Hopla einen anständigen Vergleich nahegelegt, ein letztes Mal noch nach der Generalmobilisation und vor dem Urteilstermin vom 13. Oktober, und zwar aus der alleinigen Erwägung heraus, dass es beide Parteien, sowohl der Schweizer Hotelier-Verein als auch

Inhaltsverzeichnis:

Seite 2: Weg mit dem Sonntagsfahrverbot! — Aus dem Zentralvorstand — Auslandschronik — Aus den Verbänden — Personalrubrik. Seite 3: Höchstpreise für rationierte Nahrungsmittel. Seite 4: Marktmeldungen — Milderung der Zwangsvollstreckung.

Mitgliederbewegung — Movement des membres

Neuanmeldungen.	Betten
Demandes d'admission.	Lits
Mme Carla Kraetli, Hôtel-Pension du Port, Lausanne-Ouchy	15
Tit. Fam. Jenny & Marty, Hôtel-Pension Beau-Rivage et d'Angleterre, Locarno	45
Frau Augusta Kemper, Pension Villa Ingeborg, Locarno	18

der Hotel-Plan, nötiger hätten, sich mit wichtigen Dingen zu befassen, als sich um paar längst vergessene Inserate vor den Gerichten herumzuschlagen.

Dieser Auffassung war auch das Appellationsgericht Basel-Stadt, welches nicht begriff, dass man wegen einer solchen gegenseitigen Inseratenkampagne einen derart aufgebauchten Zivilentscheidungsprozess durchführen konnte. Wir gedenken nicht, den Motiven des Basler Appellationsgerichtes vorzugreifen, die wir aus mündlicher Anhörung kennen. Wir werden aber auf diese Motive, sobald sie schriftlich vorliegen, noch zurückkommen. Im allgemeinen ging die Argumentation des Gerichtes dahin, dass mit der von uns geübten Kritik das erlaubte Mass nicht überschritten worden sei, wobei zu beachten war, dass der Hotel-Plan selber in seiner Inseratenkampagne durchaus nicht wählbarer war.

Der Vollständigkeit halber bemerken wir, dass der uns günstige Entscheid mit drei gegen zwei Stimmen gefasst wurde. Zwei Stimmen vielen auf einen Minderheitsantrag, der uns zu Fr. 5000.— Schadenersatz und Genugtuung verurteilen wollte. Auch dieser Minderheitsantrag steht also weit hinter dem erstinstanzlichen Urteil zurück, das uns zu Fr. 20000.— Schadenersatz, zu Fr. 10000.— Genugtuung und zu sämtlichen Kosten sowie Publikation des Entscheides verurteilte. Der Hotel-Plan d. h. G. Duttweiler, verlangte aber bekanntlich sogar Fr. 50000.—, mit der Behauptung, dass der Schaden, den wir ihm durch die drei bekannten Inserate verursacht hätten, diesen Betrag weit übersteige. Ausserdem forderte er Publikation des Urteils und, was sehr bemerkenswert ist für seine Mentalität, ein gerichtliches Verbot, dem Hotelplan irgend etwas Ungünstiges nachzusagen. Also, für sich selbst verlangte G. Duttweiler möglichst uneingeschränkte Publizität, den Andersgerinnenden aber möchte man — wenn es nicht anders geht, auf dem Prozessweg — einen Maulkorb umhängen. R.

Die militärische Requisition von Hotels

In verschiedenen Städten belegte bekanntlich der „blaue Dienst“ bereits eine Anzahl Hotels in welchen Militär-sanitätsanstalten eingerichtet wurden. Dabei musste leider festgestellt werden, dass sich die unteren Militärinstanzen die Sache ziemlich leicht gemacht haben, indem die Frage der Entschädigungen für die beanspruchten Lokalitäten durchaus nicht zum Voraus festgelegt und vor allem auch nicht einheitlich geregelt worden war. Auch über die Vergütung der benutzten Betten, der beanspruchten Bettwäsche, der Heizung, der sanitären Installationen, der Kücheneinrichtungen, des Geschirrs, die Reinigung der belegten Räumlichkeiten, die Deckung der durch den Betrieb bedingten Versicherungskosten und Risiken (Wasser- oder Frostschäden usw.), die Desinfektion der Krankenzimmer, die Vervollständigung der Verdunkelungsmassnahmen und was alles noch mehr mit einer solchen Requisition zusammenhängt, sind die Hoteliers an einzelnen Orten heute noch gänzlich im unklaren. Einzig auf dem Platze Interlaken konnte zwischen dem obersten Instanzen der Militär-sanität und den dortigen Hoteliers eine viele Einzelheiten umfassende Regelung getroffen werden, welche die Hotelbesitzer im grossen und ganzen vor Schaden bewahrt. Aber auch dieser Rahmenvertrag lässt noch Detailfragen offen und weist Lücken auf, die bei einem für das ganze Land geltenden Normalvertrag noch abgeklärt werden müssten.

Eine unter dem Vorsitze von Herrn H. R. Jaussi, Vizepräsident des SHV, in Bern tagende Versammlung von Vertrauensleuten aus jenen

Orten, die solche in Hotels untergebrachte Militärsplitter aufweisen, kam einstimmig zum Schluss, dass die jetzige einheitliche und willkürliche Regelung raschestens verschwinden und entweder mit der Abteilung für Sanität oder dem Oberkriegskommissariat eine Vereinbarung getroffen werden müsse, welche die Requisitionen einheitlich und auch preislich so regelt, dass der Hotelier nicht noch zu Verlust kommt. Die Schaffung einer soliden vertraglich gesicherten Grundlage ist also notwendiger, als die Absicht besteht, demnächst auch in der schweizerischen Militärsanitätsanstalten zu eröffnen, die dann im Turnus abwechselungsweise mit den bereits jetzt betriebenen in Dienst gestellt würden. Es muss daher unter allen Umständen verhindert werden, dass das Militär auf Hotels und deren gesamte Einrichtung greift, bevor die Besitzer die Bedingungen kennen, unter welchen die Benützung erfolgt. Schon die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass von rühmlichen Ausnahmen abgesehen — die beanspruchten Räumlichkeiten, die Einrichtungen und das Inventar nicht gerade mit besonderer Schonung behandelt werden und daher nach Abschluss der Benützung mit einer sehr beträchtlichen Wertverminderung aller Objekte gerechnet werden muss, die unter solchen Umständen dem Hotelier zur Last fallen darf, der durch die jetzigen Kriegszeit schon am schwersten in seiner Existenz betroffen und gefährdet worden ist.

Die Konferenz bereinigte Form und Inhalt eines solchen Normalmietvertrages, wobei sie sich in den Hauptpunkten auf die in Interlagen getroffene Regelung stützen kann. Es sind zwei Modalitäten vorgesehen:

1. Ein Pauschalvertrag, wobei die Vergütung pro Jahr bis zu 7% der Katasterschätzung zu betragen hat. Wo nicht auf die Kataster- bzw. Grundsteuerschätzung abgestellt werden kann, gilt die Brandschutzversicherung als Rechnungsgrundlage. Die Verträge sollen auf eine Mindestlaufdauer von 6 Monaten lauten, wenn möglich aber je auf ein Jahr abgeschlossen werden. Zur Pauschalentschädigung käme eine Vergütung für die normale Abnutzung der gebrauchten Objekte hinzu, wobei es vor allem die sehr starke Beanspruchung und Wertverminderung der Wäsche zu berücksichtigen gilt. Auch muss die mit Bestimmtheit eintretende Verteuerung der Wäsche bis Ende des Krieges vorausgesagt werden. Der Hotelier, dem heute schon die nötigsten Geldmittel fehlen, um die laufenden Betriebsschulden zu regeln, ist ausserdem bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse teuer gewordene Wäsche aus eigener Tasche anzuschaffen.

2. Eine Bettenentschädigung, bei der auf eine Mindestbenützung von einem Drittel der vorhandenen Betten abzustellen wäre. Die hierfür vereinbarten Ansätze sind auf gestelltes Bett zu berechnen, sodass auch für nachträglich hinzugekommene Betten die Entschädigung zu berechnen ist. Die Bettenentschädigung wird abgestuft, je nachdem, ob die Betten mit oder ohne Wäsche zu liefern sind und je nach der Dauer des Vertrages. Nach sechs- bzw. zwölfmonatlicher Mietdauer würde die Grundpreise pro Bett entsprechend reduziert. Eine gleiche Abstufung wird bei der Vergütung für Massenquartiere in Sälen vorgesehen, gleichviel, ob in diesen Unterkünften Betten bis Ende des Krieges zur Verfügung gesehen sind. Die untersten Ansätze von minimal 25 Rappen pro Liegegelegenheit kämen bei Massenquartier mit Strohsäcken zur Anwendung.

Heizung, Beleuchtung inkl. Ersatz von Glühlampen, Wassergeräten, Kehrichtabfuhrtaxen, Reinigung der Wäsche sind dem Militärsplitter zu berechnen. Bei Benützung der Küche ist auch hierfür eine Entschädigung anzusetzen, die am besten pro rata der Tage und der aus der Küche verpflegten Personen zu berechnen wäre.

Vor Bezug der Räumlichkeiten durch die Truppe ist ein Protokoll über den baulichen Zustand der Liegenschaft sowie der einzelnen Räumlichkeiten und den Zustand des Mobiliars aufzunehmen, um die durch Benützung eingetretenen Beschädigungen feststellen zu können. Bei Requisition einzelner Objekte, wie Betten, Bettinhalter usw. ist ein genaues Ein- und Abschätzungsverfahren durchzuführen, um Wertverminderung und Entschädigung hierfür berechnen zu können. Schlusslich wurde noch eine Delegation, bestehend aus den Herren H. R. Jaussi-Montreux, R. Bieri-Interlagen, Dr. H. Neumann-Kölmern, Dr. O. Michel-Zürich und Dr. R. Riessen-Basel, bestellt, welche die Angelegenheit weiter mit den militärischen Oberinstanzen konferenzell abklären und den Normalvertrag mit diesen festlegen soll.

Was die Berechtigung der militärischen Requisition anbetrifft, so sei zur Orientierung noch kurz erwähnt, dass Artikel 203 der Militärorganisation diese regelt, welcher folgendes bestimmt:

„Im Kriege und im Falle drohender Kriegsgefahr ist jedermann verpflichtet, zur Zwecke der Ausführung militärischer Anordnungen bewegliches und unbewegliches Eigentum der Truppenführung oder den Militärbehörden auf Verlangen zu überlassen. Der Bund leistet hierfür volle Entschädigung.“ Ohne näher auf die Tragweite und Bedeutung dieses Artikels einzugehen, möchten wir doch auf zwei Punkte besonders verweisen:

1. Die Requisitionen sind von den Truppenführung oder den Militärbehörden anzuordnen. Der Hotelier braucht also nicht auf Wünsche oder Forderungen eines x-beliebigen Militärs einzutreten. Dieser muss für seine Berechtigung ausreichend legitimiert sein. Was im besonderen die Hotellerie betrifft, so ist ein solcher antragsweise, so erfolgen diese auf ausdrückliche Anweisung der Abteilung für Sanität. Man wird sich also in jedem Falle darüber vergewissern, ob die Requisitionsforderung auch tatsächlich von dieser obersten Instanz ausgeht, oder nur dem Eifer einer unteren Stelle entspringt.

2. Der Bund leistet volle Entschädigung. Diese Bestimmung dürfte eine genügende Handhabe für die Hotellerie sein, angemessene Entschädigungen zu erhalten. Der Hotelbesitzer möchte sich bei der Bereitstellung seiner Räumlichkeiten oder Einrichtungen für die Armee durchaus nicht bereuen. Er darf auf Grund der Bestimmungen, die im Artikel 203 angeführt werden, dass ihm wenigstens daraus kein materieller Schaden entsteht, sofern eine absolut ungenügende Entschädigung in Vorschlag käme, die in keinem Verhältnis zu der eingetretenen Wertverminderung und gar dem für Neuananschaffung nötigen Einstandspreis stehen würde. Wir dürfen gerade im Hinblick auf diesen Paragraphen auf

eine loyale Erledigung der Entschädigungsfrage durch die massgeblichen militärischen Instanzen rechnen.

Weg mit dem Sonntagfahrverbot
In der Zwischenzeit werden alle unsere Mitglieder nochmals aufgefordert, dem Zentralbureau zu Händen des Armeeposthekers zu melden, welche Anzahl komplette Hotelbetten oder wie viele Matratzen, Wolldecken, Leintücher und Kopfkissen für Militärsplitter gegen eine noch zu vereinbarende Entschädigung bereitgestellt werden können.

Umschau

Weg mit dem Sonntagfahrverbot

Die Sektion für Kraft und Wärme des Kriegswissenschaften liess die Öffentlichkeit kürzlich wissen, dass seit der Generalmobilmachung aus sämtlichen Nachbarn Benzin in die Schweiz eingeführt worden sei und dass auch die Benzinzufuhr in Zukunft, allerdings unter erschwerten Umständen, möglich bleibe. Schon damals äusserte sich in der Automobildrucke eine Reihe von Stimmen, welche für die Aufhebung des Sonntagfahrverbotes plädierten. Dabei wurde zutreffend mit der erfolgten Benzinkontingentierung argumentiert, die automatisch dafür sorgt, dass kein Automobilist mehr als das ihm zustehende Quantum Brennstoff verfährt. Im übrigen kann es den Bundesbehörden materiell vollkommen gleich sein, ob das Benzin während den Wochentagen oder am Sonntag konsumiert wird. Es sprechen zahlreiche Gründe dafür, den Automobilverkehr wenigstens zeitlich nicht einzudämmen, nachdem durch die limitierte Benzinzufuhr bereits eine weitgehende Einschränkung in der Verwendungsmöglichkeit erzwungen wurde. Die Hotellerie konnte diese Bewegung nur unterstützen, da durch die Beseitigung des Sonntagfahrverbotes wenigstens der Schimmer einer Hoffnung aufkommen könnte, dass sich das gänzlich darniederliegende Sonntagsgeschäft und der Ausflugverkehr wieder etwas zu beleben vermöchten.

Nun tritt neuerdings ein sehr einflussreicher Befürworter in der Person des Nationalratspräsidenten und Obersten Vallotton für die Beseitigung des Sonntagfahrverbotes auf den Plan, der als Chef des Automobilendienstes im I. Armeekorps wohl wie kein Zweiter mit den Bedürfnissen der Armee und der Wirtschaft vertraut ist. In einem Artikel in der Autrevue postuliert Oberst Vallotton unter den zivilen Mitteln zur Verhütung eines Niederganges des Automobilwesens u. a. die Aufhebung des Sonntagfahrverbotes.

Zu diesem Punkt äussert sich der militärische Fachmann wie folgt:

„Ausgangspunkt des bundesrätlichen Sonntagfahrverbotes bildete das Bestreben den Brennstoffverbrauch einzudämmen. Gut. Aber dieses an sich verständliche Vorgehen gewinnt ein etwas seltsames Gesicht, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es den Behörden schliesslich gleichgültig sein kann, ob der Motorfahrzeugbesitzer die sagen wir 30 Liter Benzin, welche er pro Monat zugebilligt erhält, am Sonntag oder an Werktagen verbraucht. Mehr als 30 Liter hat er nicht, also überlassen wir es ihm, wie er sich damit einrichtet.“

Ausserdem bringen diese beiden Massnahmen (Rationierung und Sonntagfahrverbot) eine Zurücksetzung der zu den Waffen gerufenen Mitbürger mit sich, denn allerdings sehen sie sich dadurch der Möglichkeit beraubt, ihren Sonntagserholungsfahrt zu erledigen ihrer geschäftlichen und Familien-Angelegenheiten zu verwenden und das nachzuholen, was sie während der Woche haben versäumen müssen.

Im übrigen läuft das Sonntagfahrverbot auch auf eine Schädigung zahlreicher Tankstellen, Garagen, Hotels, Restaurants usw. hinaus, die teilweise aus dem Sonntagverkehr lebten.

Nach unserem Dafürhalten muss diese Massnahme unverzüglich aufgehoben werden, liegt darin doch eine Ungerechtigkeit gegenüber den Mobilisierten, die, ausserdem, ihre Fahrzeuge am Sonntag zu benützen, zusehen müssen, wie sich ihre durch die Mobilisation häufig genug ohnehin schon stark betroffene Existenzlage noch weiter verschärmt.“

Wir hoffen nur, dass diese gewichtige Stimme ein verdientes Echo im Bundeshaus findet. Herr Vallotton würde diese Massnahme bestimmt nicht in Vorschlag bringen, wenn er nicht von der Durchführbarkeit ohne Schädigung der militärischen Landesinteressen überzeugt wäre. Wenn zudem durch die Beseitigung des Verbotes (das in den ersten Wochen begründet sein mochte, seit der im ganzen Lande durchgeführten Rationierung aber die Berechtigung grösstenteils verloren hat) dem Autogewerbe wie auch der Hotellerie etwas geholfen werden kann, so sollten die Bundesbehörden nicht länger zögern. Schlusslich kann die Front nur dann auf Monate oder gar Jahre hinaus durchhalten, wenn im Hinterland die Wirtschaft dennoch ihren Weg weitergeht und im Schutze der Grenzwaache jene Reserve schafft, aus welchen die Armee ihrerseits wieder schöpfen.

Aus dem Zentralvorstand

Sitzung des Zentralvorstandes

Der Zentralvorstand tritt am 23. Oktober in Zürich zu einer anderthalbtägigen Sitzung zusammen, an der eine Reihe dringlichster und wichtiger Geschäfte zu behandeln sind. Im Vordergrund stehen die Beratungen über die rechtlichen und finanziellen Massnahmen des Bundes zugunsten der Hotellerie, die Preisnormierung, die militärische Requisition von Hotels, Wirtschaftsfragen (Rationierung) und das Angestelltenproblem. Letzteres ist Gegenstand einer gemeinsamen Aussprache zwischen unserer Kommission für Angestelltenfragen und einer Delegation der Union Helvetica. Diese Sitzung findet im Anschluss an die Tagung des Zentralvorstandes statt.

Preisnormierungskommission

Die Preisnormierungskommission des SHV trat Ende der vorletzten Woche in Montreux unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Herrn H. R. Jaussi, zusammen, um die durch den

Kriegsausbruch geschaffene neue Lage zu besprechen und die sich daraus ergebenden Massnahmen zu prüfen. Zu Händen des Zentralvorstandes beschliesst die Kommission, eine Vereinfachung der Menüs vorzuschlagen, in dem Sinne, dass entweder das Mittag- oder Abendmenü reduziert wird und nurmehr aus Suppe, Fleischplatte und Nachspeise bestehen soll. Das vereinfachte Menü wäre für alle Preiskategorien, also auch für die Luxushotels, verbindlich. Die Kommission ist ferner der Auffassung, dass die Preiskontrolle nicht nur auf den bisherigen Art durchgeführt werden kann. Sie soll aber im Prinzip weiterhin beibehalten werden, sich aber auf Beschwerdefälle und Stichproben beschränken. Der Trinkgeldkontrolle soll nach wie vor die grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Gerade in diesen ausserordentlichen Zeitläuften, welche auch für den Angestellten geringere Verdienstmöglichkeiten zu sich bringen, muss das Personal die Gewähr für korrekte und gerechte Verteilung der Bedienungsgelder haben. Neben der Überprüfung der Beschwerdefälle werden die Kontrollen daher mit der bisherigen Kontrolle weiterzuführen, soweit diese während der Mobilisation möglich ist.

Die Preissätze bei militärischen Requisitionen geben Anlass zu einer regen Aussprache, wobei die Entschädigungen für requiriert Zimmer oder Betten als teilweise absolut ungenügend bezeichnet werden. Es sind daher Besprechungen mit dem Armeekommando, vorab mit der Abteilung für Sanität, vorgesehen, um einheitliche und vor allem auch angemessene Preissätze zu erreichen. Was die Zimmer- und Pensionspreise für Offiziere anbetrifft, so sind vom Zentralvorstand ja bereits Richtlinien aufgestellt worden, nämlich je nach Verhältnissen Fr. 2.- bis 3.- für das Zimmer (ohne Heizung) und Fr. 6.- bis 6.- für das Mittag- und Abendessen und ohne Heizung. Um auch die Abgabe rationierter und anderer Lebens- oder Genussmittel zu regeln, wird die Kommission dem Zentralvorstand vorläufig folgende Normen für die Bereitstellung von Zucker und Butter vorgeschlagen: Für das Frühstück, den Café und Thé complet oder simple sollen maximal pro Person vier Stück Zucker serviert werden. Für den schwarzen Kaffee und das Glas Thé wären nurmehr zwei Stück Zucker abzugeben.

Für das Frühstück, den Café oder Thé complet sind ca. 20 g, d. h. vier Röllchen oder Scheibchen Butter vorzusehen. Zu Lunch oder Diner wäre keine Butter mehr zu servieren, ausser auf besondere Bestellung hin.

Abschliessend nahm die Kommission noch einen Bericht über die von der Reka in Aussicht genommene Hotelpensionspreise entgegen. Eine abschliessende Stellungnahme ist erst möglich, wenn präzise Vorschläge der Reka vorliegen. Als wird eine engere Fühlungnahme mit den schweizerischen Reisebüreaux zur Stützung des inner-schweizerischen Reiseverkehrs empfohlen.

Auslandsschönheit

Winterbetrieb der deutschen Heilbäder

105 deutsche Bäder und 17 heilklimatische Kurorte sollen auch über den kommenden Winter 1939/40 offen bleiben. Die Verpflegung der Kuräste sowie deren Unterhaltung durch Kurkonzerte usw. sei bereits sichergestellt. Die Einrichtung der Pauschalkuren erlei keine Unterbrechung.

Eintopf- oder Eintellergericht

Im Einvernehmen mit dem deutschen zuständigen Ministerium ist eine Anordnung für Restaurants und Gaststätten erlassen worden. Demnach werden diese an jedem Tag ein Eintopf- oder Eintellergericht zu verabfolgen haben, dessen Preis so niedrig ist, dass er erschwinglich sein wird. Für zahlreiche auf der Speisekarte enthaltene Gerichte sind Höchstpreise festgesetzt worden. Die beiden fleischlosen Tage in der Woche bleiben weiter bestehen. Im übrigen sind zur Vereinfachung der Speisekarte folgende Höchstpreise für Gerichte vorzugeschrieben: Kalte Vorigerichte und Speisen (einschl. Fischgerichte) 3; Warme Vorigerichte 1, Suppen 2, Eierspeisen 1, Fischgerichte 1, an fleischlosen Tagen 2, Gemüse und Salate je 2, Würstrosen 2, Käse 2, Süssspeisen 2. Mittag- und Abendgedecke dürfen nur ein Hauptgericht enthalten. Die Auswahl der Menüs ist auf drei beschränkt. Davon muss mindestens eines Fisch oder Gemüse als Hauptgericht enthalten. Das Aushängen der Speisekarten an den Aussenseiten der Hotels und Gaststätten und das Anbieten von Speisen durch Werbemittel irgendwelcher Art ausserhalb des Betriebes ist untersagt.

Rationierung in Deutschland

Wie im Radio mitgeteilt wurde, können auf die bereits am 2. September zur Verteilung gelangten Bezugsscheine folgende Quanten an Lebens- und Waschmitteln bezogen werden: Fleischwaren (einschl. Wurst und Konserven) 700 g pro Woche, für Schwerarbeiter zusätzlich 370 g; Öl 60 g pro Tag; Zucker 280 g pro Woche; Marmelade 210 g pro Woche; Grütze und Gruppen 150 g pro Woche; Kaffee 63 g pro Woche; Tee 20 g pro Woche; Milch 0.2 Liter pro Tag; für Kinder zusätzlich, 0.5 Liter; Seife 125 g für vier Wochen oder 200 g Schmierseife; Seifenpulver 250 g für vier Wochen und Waschmittel 100 g für vier Wochen. Hinsichtlich Kohle, Kleider, Wäsche, Spinnstoffe, Schuhe usw. wurde noch nichts Näheres gesagt.

Eine Anordnung zur Vereinfachung der Speisekarte in allen deutschen Gaststätten und Beherbergungsbetrieben ist von den zuständigen Stellen erlassen worden. Die Zahl der Gerichte wird auf zehn einschliesslich Geflügel beschränkt, darunter mindestens ein Fischgericht. Auch die sonstigen warmen und kalten Gerichte werden erheblich vermindert. Verstösse gegen diese Anordnung werden bestraft.

Fremdsprachiges Hotelpersonal in Italien

Die Regierung hat angeordnet, dass im Hinblick auf die im Jahre 1942 stattfindende Weltausstellung alle Kellner und Kellnerinnen sowie die Pagen der grossen Hotels mindestens eine fremde Sprache zu erlernen haben.

Lebensmittelkarten auch in Italien?

Aus Rom verlautet, dass der Ministerrat verschiedene Massnahmen wirtschaftlicher Natur beschliessen werde, so die Einführung von Rationierungskarten für verschiedene Nahrungsmittel. Der Konsum von Kaffee, welcher seit einem Monat verboten ist, werde in gewissen Grenzen wieder gestattet werden.

Saisonnottizen

Die Graubündner Sommersaison

Im Vergleich zum Vorjahr steht die diesjährige Sommersaison (1. April bis 30. September) mit rund 20000 Übernachtungen im Rückstand, während man zu Anfang September, als infolge der Kriegslage und der Mobilisation unserer Truppen die Saison ein jähes Ende erfuhr, mit einem Ausfall von wenigstens 25000 glaubte rechnen zu müssen. Die Gesamtzahl der Logiernächte beträgt nun in diesem Sommer 1462851 gegen 1666622 im Sommer 1938. Damit stellt sich die diesjährige Sommersaison ungefähr in die Mitte zwischen die Sommer 1933 und 1934, die 1,39 bzw. 1,5 Millionen Übernachtungen aufwies. Wesentlich tiefer als die diesjährige Sommersaison standen indessen noch die Sommer 1936 und 1932 mit ihren nur 1,23 bzw. 1,35 Millionen Übernachtungen. Die zweite Million ist überhaupt seit dem Sommer 1930, der 2130829 Logiernächte brachte, nicht mehr erreicht worden. Bemerkenswert ist, dass die letzte und die diesjährige Sommersaison sich bis gegen Mitte Juli sozusagen die Waage hielten; bis zum 10. Juli zählte man in diesem Jahre 523361, im letzten 523437 Logiernächte. Dann aber begannen das unsichere Sommerwetter und die kritische Weltlage sich geltend zu machen; die Rückschläge nahmen immer zu, und allein in der letzten Dekade des August betrug der Ausfall gegenüber der gleichen Dekade des Vorjahres annähernd 44000. Wohl verringerten sich die Differenzen in den Dekaden des Septembers wieder, und in der Schlussdekade machte der Unterschied nur noch 20000 Logiernächte aus, während der Gesamtrückstand des diesjährigen Septembers gegenüber dem des Vorjahres 56100 Logiernächte beträgt. Immerhin konnten im genannten Monat noch 122524 Übernachtungen verzeichnet werden, an denen die Ausländer mit 45411 partizipieren. Alles in allem weist die diesjährige Sommersaison, trotz dem jähen Sturz zu Anfang September, gegenüber dem Tiefstand von 1930 noch ein Plus von 224305 Übernachtungen auf.

Aus den Verbänden

Verkehrsverein Interlagen

Der Vorstand des Verkehrsvereins nahm zu verschiedenen Fragen in positivem Sinne Stellung. So wurde die grundsätzliche Aufrechterhaltung und Weiterführung des Verkehrsvereins und des offiziellen Verkehrsvereins im Rahmen der verfügbaren Mittel und in zweckdienlicher Anpassung an die veränderten Verhältnisse beschlossen. Der Vorstand genehmigte im letzten Zusammenhause die Durchhalte-Budget pro 1939/40 zu Händen der Generalversammlung, und es gab seiner Erwartung Ausdruck, es werde die sämtlichen Mitglieder der Organisation ihre Treue auch während der neuen Krise bewahren und an ihre Weiterführung nach besten Kräften beitragen. Die Anwesenden liessen sich dabei von ähnlichen Erwägungen leiten wie ihre Vorgänger im Jahre 1914, deren damalige Entschliessungen sich in der Folge als richtig und sehr nützlich erwiesen hatten.

Kur- und Verkehrsverein Arosa

Der Verein hat beschlossen, angesichts der heutigen Weltlage auf Propagandaaktionen im Ausland zu verzichten und sich auf die Inlandspropaganda zu beschränken. Der vorgesehene Winterprospekt soll nicht herausgegeben und durch einen kleineren Faltprospekt ersetzt werden. Ebenso wird die Plakatpropaganda mit den Restbeständen alter Plakate besorgt und das schöne neue Plakat von Carigiet für eine erfolgversprechendere Zeit aufgehoben.

Personaleurteil

Pachtwechsel

Herr Ed. Giannela-Röthlin hat den Betrieb des in Pacht genommenen Hotel Schwanen in Sursee auf Ende September aufgegeben. Das Haus wird nun von Herrn J. Ochsenbein als neuer Pächter weitergeführt, der bisher das Hotel Sonne in Herzogenbuchsee leitete.

Neue Direktion

Das von Herrn H. Gisiger seit zehn Jahren in Pacht geführte Hotel Victoria-National in Basel ist nach Beendigung des Pachtverhältnisses wieder vom Besitzer, Herrn Paul Otto, übernommen worden. Herr Otto führte das Haus selbst von 1885 bis 1929, also während 44 Jahren, mit Auszeichnung. Nunmehr hat er die Direktion Herrn und Frau Karl Hauser, den langjährigen Leitern des Parkhotel Mosser in Vevey, übertragen. Wir wünschen sowohl Herrn Otto wie auch Herrn und Frau Hauser, an deren Erfolg, bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, dass Herr Otto nunmehr auf eine fünfzigjährige Mitgliedschaft beim Schweizer Hotelierverein zurückblicken kann. Wir gratulieren ihm herzlich zu seinem Jubiläum.

Herr Hermann Beutelspacher, der früher während einigen Jahren das Hotel Drei Könige in Zürich leitete, hat nunmehr die Leitung des Hotel Markus in Zürich-Oerlikon übernommen.

Totentafel

Frau L. Diebold †

In Baden starb Frau Lina Diebold-Meyer, die zusammen mit ihrem Gatten während vielen Jahren das bekannte Badhotel „Ochsen“ in Baden führte. Anno 1918 ging dieses Haus häufig an den jetzigen Besitzer über, und die beiden Eheleute Diebold zog sich an dem aktiven Erwerbsleben zurück. Friede ihrer Asche!

Quand les visas pourront-ils être obtenus simplement et rapidement?

Le Bureau central a reçu de nombreuses plaintes au sujet des difficultés faites par la Police fédérale des étrangers aux personnes qui voulaient venir faire un séjour en Suisse. Le dossier constitué par ces réclamations s'accroît de jour en jour et il contient des documents sur de nombreux cas qui, non seulement nous laissent songeurs mais qui nous obligent à protester énergiquement. Nous savons, certes, que dans ces temps troublés, la tâche de la Police des étrangers est particulièrement délicate et il est certain que les hôteliers sont assez patriotes pour admettre que leurs maisons restent vides, plutôt que d'y avoir toute une série d'éléments indésirables, mais il ne faut quand-même pas exagérer.

Les milieux touristiques ne sont déjà plus les seuls à protester et le correspondant italien de la Nouvelle Gazette de Zurich signale l'autre jour que les milieux italiens trouvaient un peu étonnant que de pareils mesures soient prises et qu'ils commencent à les critiquer. Parmi les cas dont parlait ce correspondant, signalons celui de deux jeunes gens dont l'un voulait venir en Suisse pour y passer ses examens de maturité et l'autre qui désirait poursuivre des études supérieures dans une de nos Universités; ce ne sont pas des espions, mais ils attendent leurs visas depuis plus d'un mois.

On sait que nos consulats à l'étranger n'ont plus le droit d'accorder des visas et que toutes les demandes doivent être adressées à Berne où l'on s'en occupe d'après leur ordre d'arrivée. Inutile de préciser qu'il en résulte un travail énorme et qu'il est matériellement impossible de donner satisfaction aux personnes qui ont des voyages urgents à effectuer.

Malgré les circonstances si peu favorables et les perspectives inexistantes d'améliorations, quelques hôtels ont maintenu leur exploitation au prix de lourds sacrifices et donnent ainsi un peu d'ouvrage à quelques employés, mais ils ne peuvent exister que s'ils ont un petit noyau de clients et ils comptent pour cela sur leur fidèle clientèle étrangère qui pourrera attendre les circonstances, faire un long séjour dans notre pays.

Nos instituts et nos maisons d'éducation qui ont une célébrité mondiale doivent pouvoir continuer à vivre même de façon réduite et il existe, d'autre part, des parents qui voudraient mettre leurs enfants en sûreté loin des zones de guerre et leur assurer la protection de la Suisse.

Mais la bureaucratie est montée sur ses grands chevaux et dirige les opérations; nos consulats ont les mains liées et les demandes urgentes doivent passer par Berne où elles traînent pendant de longues semaines. Ainsi l'étranger, qui a l'habitude de considérer la Suisse comme un pays hospitalier, pour qui elle représente une terre d'asile, et qui demande à venir y faire un séjour, à ses frais, doit attendre pendant des semaines l'autorisation d'y entrer et court le risque d'essuyer un refus.

Si cela continue, la Suisse va perdre des centaines de clients, d'étudiants, de malades étrangers qui venaient pourtant dépenser leur argent dans notre pays et l'économie touristique risque de perdre sa vieille réputation. Déjà des critiques se font entendre dans les pays étrangers. L'on risque ainsi de réduire à néant le résultat des efforts constructifs qui ont été faits au cours de nombreuses années par notre propagande à l'étranger, propagande qui nous a coûté des sommes considérables. Pendant ce temps, les Etats belligérants se montrent beaucoup moins sévères et les personnes qui veulent aller passer des vacances ou se soigner en Allemagne obtiennent leur visa et quelques jours, tandis que le pays du tourisme par excellence accumule les difficultés. Signalons aussi que l'Italie autorise l'entrée des ressortissants de pays neutres sans exiger de visa.

Si l'on dit à des directeurs d'Instituts que de nouveaux élèves étrangers ne sont pas désirables pour le moment, si l'on se moque des maisons d'enfants ne peuvent plus recevoir des enfants en bas âge, il y a vraiment de quoi décourager les bonnes volontés et il semble que ces mesures dépassent de beaucoup celles qui sont destinées à éloigner les éléments indésirables et les espions. Il en est de même pour des personnes venant de pays neutres ou de personnalités en vue, françaises ou anglaises, qui venaient régulièrement dans notre pays et qui faisaient de longs séjours dans nos hôtels. En les empêchant de venir, l'autorité de contrôle des étrangers dépasse largement son but, et nous pourrions citer encore de très nombreux cas qui montrent combien les mesures concernant l'entrée en Suisse sont exagérées.

Comme on peut s'en douter, il n'y a pas que notre Société qui se soit préoccupée de cette question, mais la Fédération suisse du tourisme a aussi examiné très attentivement les discussions qui pourraient avoir sur notre tourisme l'arrêté fédéral du 5 septembre concernant l'entrée et le séjour des étrangers dans notre pays.

Cette fédération est naturellement aussi arrivée à la conclusion qu'il fallait de toute urgence obtenir une simplification et surtout une plus grande rapidité des formalités à remplir pour l'obtention des visas. Elle a adressé une requête au Conseil fédéral, dans laquelle elle expose que l'un des meilleurs moyens pour protéger le tourisme et l'hôtellerie et pour ranimer le trafic est d'utiliser les possibilités que peuvent nous ap-

porter encore le tourisme international et qu'il faut trouver le moyen de l'adapter aux conditions nouvelles créées par la guerre.

Une des principales mesures proposées est la décentralisation des offices qui peuvent accorder les visas. Rappelons encore à ce sujet que les compétences de nos légations ou de nos consulats ont été fortement réduites et ont été transférées à la Police fédérale des étrangers, ainsi qu'aux instances cantonales, qui doivent donner leur avis pour chaque demande, alors que, la plupart du temps, elles ne sont pas assez renseignées sur les conditions particulières qu'il est indispensable de connaître pour pouvoir juger des différents cas. Au lieu de confier cela à nos diplomates à l'étranger et d'utiliser ainsi leurs relations personnelles, car ils connaissent certainement les gens et les buts de voyage de diverses personnes dans leur région, on préfère intensifier la bureaucratie en Suisse.

La requête demande donc que l'on ait une autre méthode de travail et que, dans les cas très simples, soit s'il s'agit de personnes sûres, personnellement connues du consulat, d'enfants ou de jeunes gens, de malades et de personnes âgées, l'autorisation d'entrée soit accordée simplement par la légation ou le consulat. Pour les autres cas, l'on continuerait à passer par Berne et les instances cantonales. De cette façon, on éviterait l'engorgement qui se produit dans les bureaux fédéraux par suite de l'accroissement des demandes, ce qui permettrait de liquider ces questions beaucoup plus rapidement et l'on pourrait ainsi donner satisfaction à de vieux clients, qui restent fidèles à notre pays malgré les événements. Pour le moment, ils se montrent étonnés de ces mesures, mais ils rquent fort de s'éloigner de notre pays et de lui préférer un pays, comme par exemple l'Italie, qui les reçoit sans formalités spéciales.

En outre, la requête propose de créer un visa touristique, comme cela a été fait avec succès dans d'autres pays (Yougoslavie). Ce visa touristique contribuerait certainement à ranimer le trafic dans les endroits de cure et de villégiature. Il pourrait être obtenu facilement sur présentation de documents qui prouveraient suffisamment le but du voyage: certificats médicaux, attestations d'hôtels suisses, etc. Cela n'empêcherait pas un contrôle de la police locale. Mais l'avantage de ce visa touristique résiderait surtout dans le fait qu'il pourrait être obtenu sans difficulté et si possible sans frais. Cela permettrait aussi à nos principales agences à l'étranger de recommencer leurs travaux. Pour le moment, leur principale occupation est d'expliquer aux personnes qui viennent leur demander des renseignements, qu'il est actuellement très difficile d'obtenir en Suisse. C'est ce qu'on appelle à Berne «contribuer au développement du tourisme suisse».

Simplification des formalités pour l'entrée en Suisse

Au moment de mettre sous presse, nous apprenons de Berne que le Conseil fédéral, dans sa séance du 17 octobre, a pris un nouvel arrêté modifiant les prescriptions sur la police des étrangers. Cet arrêté permet heureusement au Département fédéral de Justice et Police d'introduire les facilités d'entrée que nous réclamions dans l'article ci-dessus et de donner à nos légations et consulats des compétences plus étendues dans le domaine des visas.

Au dernier moment, nous apprenons de source compétente, que l'article premier de ce nouvel arrêté prévoit que la durée maximum du séjour peut être fixée lors de l'octroi du visa pour l'entrée en Suisse. Cette nouvelle prescription permet de donner ainsi à nos légations et consulats une certaine compétence pour l'octroi des visas. Sitôt que cette décision a été prise par le Conseil fédéral, le Département de Justice et Police a aussitôt télégraphié à nos légations dans les pays particulièrement intéressants pour notre tourisme, pour les informer des nouvelles compétences qui leur sont données, à elles et aux consulats en matière de visa. Donc désormais les légations et consulats peuvent accorder le visa à des étrangers irréprochables, même pour des séjours de villégiature, pour autant que la durée du séjour ne dépasse pas un mois. Pour de plus longs séjours, les décisions seront prises par la Police des étrangers à Berne qui s'efforcera de liquider le plus rapidement possible les cas qui lui seront soumis. Le Département fédéral de Justice et Police enverra ces prochains jours des instructions complémentaires aux Consulats suisses.

indemnités pour les locaux utilisés n'ont pas été fixées à l'avance et surtout qu'elles n'ont pas été établies d'une façon uniforme pour tous les cas. Il en est de même pour les indemnités concernant les lits utilisés, la literie, le chauffage, les installations sanitaires, les ustensiles de cui-

sine, la vaisselle, le nettoyage des locaux réquisitionnés, la couverture des frais d'assurance (dégâts d'eau, dégâts causés par le gel, etc.), les frais effectués pour que les mesures d'obscurements soient parfaitement exécutées, etc. Dans de nombreux endroits, les hôteliers ne sont pas encore fixés sur tous ces points ainsi que sur de nombreuses questions accessoires, qui dépendent aussi de ces réquisitions. Pour le moment, il n'y a qu'à Interlaken où un accord soit intervenu entre les hôteliers et les autorités sanitaires supérieures, accord qui règle divers points particuliers et qui protège les propriétaires d'hôtel contre les dégâts qui pourraient être faits. Mais cet accord même laisse plusieurs questions de détails en suspens et présente de nombreuses lacunes qui devront être réglées par un contrat pouvant être appliqué dans tout le pays.

Une assemblée a été tenue récemment à Berne sous la présidence de M. H.-R. Jaussi, vice-président de la Société Suisse des Hôteliers. Cette assemblée réunissait des personnes représentant les différentes localités dans lesquelles les hôtels sont fortement mis à contribution par les autorités militaires. L'Assemblée a été unanime à trouver qu'il fallait en finir au plus vite avec ces règlements divers et parfaitement arbitraires, et qu'il fallait qu'un accord général soit conclu, soit avec la Division sanitaire, soit avec le Haut Commissariat de la guerre, accord qui règle la question des réquisitions d'une manière uniforme et de façon que l'hôtelier n'ait pas encore à subir des pertes. Il importe d'avant plus de créer des bases solides pour un accord solide et durable qu'on a l'intention de créer prochainement en Suisse romande des établissements sanitaires militaires qui seront utilisés à tour de rôle, ou parallèlement aux installations sanitaires qui existent déjà. Il faut en tous cas éviter que les autorités militaires ne prennent possession des hôtels et de leurs installations avant que le propriétaire ne soient au courant des conditions auxquelles cette utilisation peut se faire. En effet, les expériences faites jusqu'à maintenant ont montré, qu'à part quelques rares exceptions, on n'avait pas cherché à protéger le mieux possible les locaux réquisitionnés les installations et l'inventaire, car il faut compter sur une diminution de valeur assez considérable de tous les objets qui auront été employés et il est fait pas que soit l'hôtelier, dont l'existence même est mise en danger par cette guerre, qui ait encore à subir de nouvelles pertes.

La conférence s'est déclarée d'accord quant à la forme et au contenu d'un pareil contrat général, basé sur celui qui a été conclu à Interlaken, quant aux points principaux. On prévoit deux modalités:

1. *Contrat forfaitaire*, par lequel le propriétaire de l'hôtel toucherait annuellement un montant égal au 7% de l'estimation cadastrale. Dans le cas où l'on ne pourrait pas se servir de l'estimation cadastrale ou de l'estimation servant de base pour le calcul des impôts, on pourrait prendre la valeur d'assurance incendie. Ces contrats devraient pouvoir se faire pour une durée minimum de 6 mois, mais, si possible, pour une durée d'une année. Comme indemnité forfaitaire il faut en tous cas prévoir une certaine rémunération pour l'emploi normal des objets utilisés, en particulier pour la forte diminution de valeur que subit le linge. Il faut en outre compter que le prix du linge montera certainement d'ici à la fin de la guerre. Comme l'hôtelier n'a plus les fonds nécessaires pour payer ses dettes courantes, il lui sera impossible de racheter par ses propres moyens, quand les circonstances seront redevenues normales, du linge qui aura encore renchéri.

2. *Une indemnité par lit*, qui devrait être compté pour une occupation minimum d'un tiers des lits prévus. Dans ce cas, les montants doivent être calculés selon le nombre de lits utilisés et cette indemnité doit aussi être acquittée pour les lits supplémentaires. Des différences seront suivant que les lits seront livrés avec le linge ou non, et suivant la durée du contrat. Après 6 ou 12 mois, les prix de location de base, par lit, seront abaissés. Une égale diminution sera faite pour les indemnités relatives à la location des salles pour dortoirs de même que pour les lits, matelas ou les paillasses utilisés dans ceux-ci; l'indemnité minimum de 25 cts. pourra être demandée pour ces dortoirs ou paillasses.

Le chauffage, l'éclairage, y compris le remplacement des poires électriques, les taxes d'eau, l'enlèvement des balayures, le lavage du linge seront comptés à part aux autorités militaires. Une indemnité sera aussi demandée pour l'utilisation de la cuisine; elle sera calculée par jour et suivra le nombre de personnes pour lesquelles la cuisine doit y être faite.

Avant l'utilisation des chambres, il faut qu'un protocole soit établi, spécifiant l'état des bâtiments, des chambres et du mobilier, afin de pouvoir calculer en suite l'indemnité qui pourrait être demandée en cas de dégradation.

Lors de la réquisition d'objets isolés, tels que lits ou literie, il faut aussi une estimation exacte afin que l'on puisse calculer la diminution de valeur qui pourra se produire ainsi que l'indemnité correspondante.

Enfin, une délégation composée de MM. H.-R. Jaussi, Montreux; R. Bieri, Interlaken; Dr H. Neukomm, Lucerne; Dr O. Michel, Zurich et du Dr Riessen, directeur du Bureau central de Bâle a été désignée pour contracter avec les autorités militaires et pour établir ce contrat général.

Entre temps nous pensons encore instamment nos membres de bien vouloir annoncer au Bureau central, pour être transmis au Département sanitaire, le nombre de lits complets, de matelas, couvertures de laine, draps et oreillers qui peuvent être mis à la disposition des autorités militaires pour les hôpitaux militaires, naturellement contre l'indemnité qui sera fixée.

Le Procès contre l'Hôtel-Plan

Ce dernier est débouté de sa plainte

C'est le 13 octobre qu'eurent lieu devant la Cour d'appel de Bâle les délibérations au sujet du procès civil qui opposait l'Hôtel-Plan à la Société Suisse des Hôteliers et à son directeur. La Société Suisse des Hôteliers et son directeur étaient représentés par le Dr Hans Duttweiler de Zurich, qui, comme on le sait nous avait déjà représenté avec succès dans le même procès contre l'Hôtel-Plan devant le Tribunal pénal de Zurich et devant le Tribunal cantonal de Zurich.

Le jugement de la Cour d'appel de Bâle-Ville est le suivant: *L'Hôtel-Plan est complètement débouté de sa plainte contre la SSH, les frais de tribunal sont répartis, par moitié, entre les deux parties et celles-ci paieront, chacune pour leur compte, les frais extra-judiciaires.* Il faut évidemment prévoir que la coopérative de l'Hôtel-Plan ne se contentera pas de ce jugement et qu'elle interjettera appel au Tribunal fédéral. Mais nous attendons la décision du Tribunal fédéral avec le plus grand calme. Il n'y a qu'une chose de regrettable, c'est que M. G. Duttweiler pousse les choses si loin. Nous lui avons à plusieurs reprises proposé d'arranger cette affaire à l'amiable.

Nous l'avons fait pour la dernière fois, après la mobilisation générale et avant que les délais pour le jugement du 13 octobre ne soient écoulés, n'envisageant qu'une seule considération, c'est que les deux parties, soit la Société Suisse des Hôteliers et l'Hôtel-Plan, avaient des choses plus importantes à faire que de rappeler devant le tribunal certaines annonces qui sont depuis longtemps oubliées.

Ce fut aussi l'opinion de la Cour d'appel de Bâle-Ville qui eut peine à comprendre qu'on fasse un pareil procès civil et qu'on réclame de telles indemnités pour une campagne d'annonces qui avait été réciproque. Nous ne croyons pas de cette façon préjuger des motifs invoqués par la Cour d'appel de Bâle, quoique ceux-ci n'aient été émis que de vive voix, mais nous reviendrons sur ces différents points sitôt que nous les aurons par écrit. En tous cas, le tribunal a été d'avis que nous n'avions pas dépassé les limites permises de la critique et qu'il fallait se souvenir aussi que l'Hôtel-Plan n'avait non plus été particulièrement délicat dans les annonces qu'il avait publiées.

Afin d'être complet signalons que cette heureuse décision nous a été accordée par trois voix contre deux. La minorité proposait de nous condamner à payer fr. 500.— à titre d'indemnité et de réparation morale. Mais même cet avis de la minorité restait bien en dessous du jugement de la première instance qui nous avait condamné à payer fr. 20.000.— d'indemnité, fr. 10.000.— pour réparation morale et tous les frais ainsi qu'à la publication du jugement. On se souvient que l'Hôtel-Plan, soit M. G. Duttweiler, demandait fr. 50.000.—, prétendant que le tort que lui avait causé nos annonces dépassait de beaucoup ce montant.

De nos Commissions

Commission de réglementation des prix

La Commission de réglementation des prix s'est réunie la semaine dernière à Montreux, sous la présidence de M. H.-R. Jaussi, président, afin d'examiner la situation créée par le début de cette guerre et de voir si des mesures spéciales devaient être prises à ce sujet. La Commission a décidé de proposer au Comité central une simplification des menus, dans ce sens que les menus du lunch ou du dîner ne devront plus se composer que d'un potage, d'un plat de viande garni et d'un dessert. Ce menu serait obligatoire pour toutes les catégories d'hôtels, même pour les hôtels de luxe. La Commission est aussi d'avis que le *contrôle des prix* ne devrait plus se faire sous la forme actuelle. Il doit être maintenant limité à des cas qui auraient donné lieu à des plaintes, ou à des contrôles faits au hasard. Par contre, une grande attention doit être accordée au *contrôle des pourboires*. Il faut que, dans les temps difficiles que nous traversons, que l'employé qui n'a plus que de très faibles possibilités de gain soit au moins assuré que l'argent auquel il a droit est partagé correctement. A côté de l'examen de cas ayant donné lieu à des plaintes, les contrôleurs poursuivront leur contrôle pour autant que cela leur sera possible durant la mobilisation.

Les indemnités proposées pour les réquisitions militaires donneront aussi lieu à une longue discussion et elles furent jugées notablement insuffisantes. On prévoit que des discussions devront avoir lieu avec le haut commandement de l'armée ou avec la Division sanitaire pour que des prix convenables et égaux dans toute la Suisse puissent être obtenus. Des lignes directrices ont déjà été établies par le Comité central au sujet du prix des chambres et de pension pour les officiers soit, suivant les circonstances, fr. 2 à 3.— pour la chambre, sans le chauffage, et fr. 5.— à 6.— pour la pension, sans chauffage ni service. Afin de régler aussi l'emploi des *marchandises* dont la consommation est rationnée, la Commission proposera les normes suivantes au Comité central, spécialement en ce qui concerne le sucre et le beurre: pour les petits déjeuners, thé ou cafés, complets ou simples, on ne devra servir que 4 morceaux de sucre par personne. Pour un café noir ou pour un verre de vin, il ne sera plus donné que deux morceaux de sucre.

Pour les petits déjeuners, thé ou cafés complets, il sera servi environ 20 grammes de beurre, soit 4 coquilles. Pour le lunch et pour le dîner il ne sera plus servi de beurre, à moins qu'un client ne le demande spécialement. Pour finir, la Commission a pris connaissance d'un rapport sur les *prix de pension envisagés par la Caisse suisse*

Les réquisitions d'hôtels

On sait que dans différentes villes, les services sanitaires ont déjà retenu un certain nombre d'hôtels, qui seront aménagés en établissements sanitaires. Il faut remarquer à ce sujet, que les instances militaires responsables ont fait cela d'une façon très légère, étant donné par exemple que les

de voyages. On ne pourra prendre position à ce sujet que quand cette organisation nous aura fait des propositions précises. On entrera aussi en relation avec les agences de voyages, afin qu'elles favorisent le tourisme indigène.

A l'Ecole professionnelle de Cour-Lausanne

La commission de l'Ecole professionnelle s'est réunie samedi dernier à Montreux sous la présidence de M. H. R. Jaussi, président, afin de prendre des décisions au sujet de l'exploitation de l'Ecole. Elle a décidé que les cours normaux, basés sur le programme d'enseignement appliqué ces dernières années, continueraient jusqu'à Noël. Comme le nombre des élèves est assez faible, et comme on ne sait encore si plusieurs élèves inscrits pourront obtenir leur visa pour entrer en Suisse, la Commission a éventuellement envisagé qu'à partir du Nouvel an, l'école continuerait son activité sous une forme réduite. Au lieu des cours habituels, une série de cours spéciaux, de courte durée, seront institués (cours de perfectionnement, de service et de bar). Ces cours seront principalement destinés aux jeunes suisses qui seraient provisoirement sans emploi et qui désireraient se perfectionner dans leur profession. Nous donnerons de plus amples renseignements sur le programme de ces cours et sur leur organisation, sitôt que la Commission scolaire aura pris des décisions définitives à ce sujet.

Divers

Excursions militaires

Le premier dimanche d'octobre, Zermatt et le Gornergrat ont connu une véritable invasion militaire car, comme le fait savoir une lettre d'un soldat au « Bund », des centaines de soldats appartenant à différentes troupes ont fait une excursion au Gornergrat. Cette excursion avait surtout pour origine une offre spéciale de l'administration des chemins de fer de la région qui permettait aux soldats de visiter Zermatt et de se rendre au sommet du Gornergrat pour des prix extrêmement modiques. Par cette intéressante initiative la direction de ces chemins de fer avait utilisé une des seules possibilités qui existent encore pour donner un peu d'animation au trafic touristique. Au lieu de se lamenter sur la situation et de se plaindre de la saison si brusquement interrompue et des résultats obtenus l'été dernier, elle avait au moins essayé de tirer profit des loisirs des soldats, tout en leur rendant service à eux aussi. Les trains étant bondés, l'administration du chemin de fer y aura certainement trouvé son compte, et elle a donné à nos compatriotes la possibilité de voir de près une contrée admirable qui pour plusieurs était tout à fait nouvelle. Il est possible que ces soldats cherchent à retourner là-haut lorsqu'ils seront en civil et ceci est vraiment une excellente propagande pour la région.

Cet exemple mérite vraiment d'être suivi par d'autres Compagnies, puisque le trafic civil a pour ainsi dire complètement cessé, tâchons d'utiliser la possibilité d'excursions militaires.

PAHO

Avis important aux militaires, gens de la D.A.P. et personnes astreintes aux services auxiliaires

Secours militaires (Aide aux militaires dans la gêne). Les demandes dans ce but ne doivent pas être adressées à la caisse de chômage, mais au **commandant d'arrondissement ou au chef de section du lieu de domicile**. Les commandants de troupe fournissent également des renseignements dans ce domaine.

Indemnités journalières. Dans le cadre des prescriptions légales en vigueur, les indemnités journalières ne peuvent être servies qu'aux assurés non-mobilisés, exemptés du service militaire ou de piquet.

Délais de carence. Le service actif accompli sera compté entièrement dans l'application du délai de carence (Lors de l'inscription pour la demande d'indemnisation, remettre à l'administration de la caisse le livret de service militaire ou un extrait de ce dernier).

Paiement des primes. Les assurés mobilisés peuvent être exonérés du paiement de la cotisation mensuelle pendant la durée du service actif, à condition qu'ils subissent une perte de leur gain normal et que la durée du service accompli soit de plus d'un mois.

Administration de la PAHO.

Réquisitions de lits d'hôtel

La Division sanitaire prie la Société Suisse des Hôteliers de faire immédiatement une enquête auprès de ses membres sur le nombre de lits complets, de matelas, de couvertures de laines, de draps et d'oreillers qui peut être mis contre une indemnité convenable à la disposition de la Division sanitaire pour les hôpitaux militaires.

Nous prions tous nos membres de bien vouloir nous envoyer immédiatement leurs indications à ce sujet. Des discussions sont actuellement en cours pour fixer le montant des indemnités.

La Direction du Bureau central.



FAVORISEZ...

de vos commandes les maisons faisant de la publicité dans la Revue Suisse des Hôtels

Landesausstellung gehen Eternit-Pavillon sehen!

ABTEILUNG „BAUEN“



Der ROCO-Vogel bringt NACHRICHTEN aus Rorschach

Wir erhitlen eine Karte aus Deutschland mit folgender Anfrage: „An der Basler Mustermesse versuchte ich Ihre Roco-Ravioli. Ich bitte um Mitteilung, ob Sie in Deutschland eine Niederlage dieser vorzüglichen Eier-Ravioli haben.“
Frau A. R., Frankfurt a. M.

Conservenfabrik Rorschach

Einfach, modern in der Linie, solid im Material, bequem im Sitzen, das sind Horgen-Glarus-Stühle.



HORGEN-GLARUS
A.-G. Möbelfabrik Horgen-Glarus in Horgen

Vorteilhafte Putzmittel:
KELLERS **Sandschmierseife, Sandseife u. Seifensand**
Chemische- und Seifenfabrik Stalden, Konolfingen



FILIALEN:
ZÜRICH
Militärstr. 108
Tel. 37.398
LAUSANNE
Boulev. de Grancy 14
Tel. 33.272
BASEL
Gundeldingerstr. 202
Tel. 29.849



Bellardi Vermouth

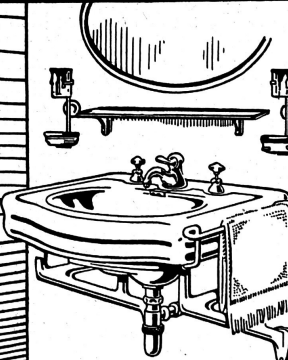
Eine Spezialität: Vermouth WEISS von Damen bevorzugt hervorgezogen im Cocktail

Für die Schweiz: PRODUITS BELLARDI S.A. BERNE
S. A. DOMCO BELLARDI e CIA TORINO

Neuvermietung der Restaurationsbetriebe „RIALTO“ (Hallenbad)

(Bierhalle, Speise- und Sitzungszimmer Konzert- und Gesellschaftssaal)
Übernahme nach Übereinkunft
Fachtchtige und solvente Bewerber belieben ihre Offerte zu richten an die Verwaltung der Hallenschwimmbad Viadukt AG., Birsigstrasse 45, Basel.

TROESCH'S HOTEL-ZIMMER-TOILETTE Triumph



Unerreicht in Eleganz und Qualität.

TROESCH & Co, A.-G. BERN - ZÜRICH - ANTWERPEN



Verlangen Sie
Offerte für Bläser-, Wein-, Tisch- und andere Preise. Die schärfste Ausführung und die schnellste Lieferung werden sicher.

Glashütte Büllach A.-G.

Wir halten stets ein Lager in

Hotel - Journalen

(Receptenbücher) für Pensions- und Passantenhäuser. Extraanfertigungen in kürzester Frist.

Koch & Utiger, Chur

Hotel-Mobiliar
Wenn Sie oder technische Einrichtungen zu kaufen suchen oder zu verkaufen haben, so lassen Sie eine Annonce in der Schweizer Hotel-Revue erscheinen.

Hoteldirektor

33-jährig, verheiratet, hilfsdienstpflichtig, Deutsch, Franz., Englisch in Wort und Schrift, erfolgreicher Leiter eines grösseren Hotels mit Sommer- und Wintersport, sucht sich zu verändern.
Kaufm. Schulung, anpassungsfähig und guter Organisator, beste persönliche Beziehungen im In- und Ausland. Offerten unter Chiffre P. A. 2200 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

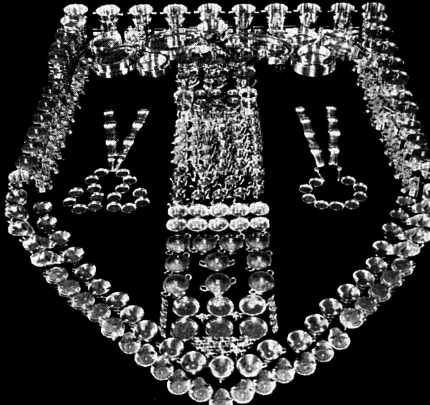
Cours pratiques

pour Filles de salle et de restaurant à BEX
Prochain cours: 7 novembre-8 décembre 1939
A l'issue du cours de l'année dernière, toutes les élèves, sans exception, ont été placées par nos soins comme filles de salle dans d'excellents hôtels de la Suisse romande. Cette fois encore, et malgré les perturbations économiques actuelles, nous avons la ferme conviction de pouvoir faire de même.
Prospectus, programme et références par Jules Klopfenstein, Bex.

LIEFERUNG AN DIE

ZUNFT ZUR SCHNEIDERN

HAUS ZUM KÖNIGSSTUHL



aus dem ersten und anerkannten Qualitätshaus der Schweiz

ORFEVRERIE WISKEMANN
Paris Brüssel ZÜRICH Seefeldstr. 222